

Stadtratssitzung

Donnerstag, 12. Januar 2017, 17.00 Uhr

Grossratssaal im Rathaus

Traktanden	Geschäftsnummer
1. Wahl des Präsidiums und des Büros des Stadtrates für das Jahr 2017	2016.SR.000274
2. Aufsichtskommission (AK) Neuwahl von 11 Mitgliedern für die Amtsdauer 2017 bis 2020 sowie Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums für das Jahr 2017	2016.SR.000275
3. Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU) Neuwahl von 11 Mitgliedern für die Amtsdauer 2017 bis 2020 sowie Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums für das Jahr 2017	2016.SR.000276
4. Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS) Neuwahl von 11 Mitgliedern für die Amtsdauer 2017 bis 2020 sowie Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums für das Jahr 2017	2016.SR.000277
5. Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK) Neuwahl von 11 Mitgliedern für die Amtsdauer 2017 bis 2020 sowie Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums für das Jahr 2017	2016.SR.000278
6. Agglomerationskommission (AKO) Neuwahl von 11 Mitgliedern für die Amtsdauer 2017 bis 2020 sowie Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums für das Jahr 2017	2016.SR.000279
7. Protokollgenehmigung (Protokoll Nr. 21 vom 03.11.2016, Nr. 22 vom 10.11.2016, Nr. 23 vom 17.11.2016 und Nr. 24 vom 01.12.2016)	2016.SR.000001
8. Verein Berner Feriensportlager: Durchführung der polysportiven Ferien- sportlager in Fiesch (Frühlings- und Herbstlager): Leistungsvertrag 2017-18; Verpflichtungskredit (SBK: Altas / BSS: Teuscher) <i>verschoben vom 01.12.2016</i>	2016.BSS.000069
9. Zweijährige Leistungsverträge 2017-2018 im Bereich offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen; zwei Verpflichtungskredite in Stadtratskom- petenz (SBK: Gutzwiller / BSS: Teuscher)	2016.BSS.000068
10. Dringliche Motion Kommission PVS (Franziska Grossenbacher, GB/ Alexander Feuz, SVP/David Stampfli, SP): Schulraumsicherung in der Länggasse im Zusammenhang mit dem Neubau Depotstrasse 40 (BSS: Teuscher) <i>verschoben vom 01.12.2016</i>	2016.SR.000229
11. Interfraktionelles Postulat GFL/EVP, BDP/CVP, GLP, GB/JAI, SP (Ma- nuel C. Widmer, GFL/Bettina Jans-Troxler, EVP/Sandra Ryser, GLP/Regula Bühlmann, GB/Martin Schneider, BDP/Bettina Stüssi, SP): Die wachsende und sich verändernde Stadt braucht flexiblere Schul- kreisgrenzen; <i>Annahme</i> (BSS: Teuscher) <i>verschoben vom 09.06.2016, 01.09.2016 und 01.12.2016</i>	2014.SR.000289

12. ARA-Zuleitungsstollen Bern West: Hochwasserschutz Stadtbach; Erhöhung Planungskredit (PVS: Feuz / TVS: Wyss) 2013.TVS.000107
13. Dringliche Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Weiteres Vorgehen in Sachen Tram Bern-Ostermundigen. Wer muss das bezahlen, ich habe doch kein Geld! (TVS: Wyss) 2016.SR.000236

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Protokoll Nr. 01	1
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 18.50 Uhr	3
Mitteilungen des Alterspräsidenten	4
1 Wahl des Präsidiums und des Büros des Stadtrates für das Jahr 2017	7
2 Aufsichtskommission (AK): Neuwahl von 11 Mitgliedern für die Amtsdauer 2017 bis 2020 sowie Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums für das Jahr 2017	11
3 Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU): Neuwahl von 11 Mitgliedern für die Amtsdauer 2017 bis 2020 sowie Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums für das Jahr 2017	11
4 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Neuwahl von 11 Mitgliedern für die Amtsdauer 2017 bis 2020 sowie Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums für das Jahr 2017	11
5 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK): Neuwahl von 11 Mitgliedern für die Amtsdauer 2017 bis 2020 sowie Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums für das Jahr 2017	12
6 Agglomerationskommission (AKO): Neuwahl von 11 Mitgliedern für die Amtsdauer 2017 bis 2020 sowie Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums für das Jahr 2017	12
7 Protokollgenehmigung (Protokoll Nr. 21 vom 03.11.2016, Nr. 22 vom 10.11.2016, Nr. 23 vom 17.11.2016 und Nr. 24 vom 01.12.2016)	12
8 Verein Berner Feriensportlager: Durchführung der polysportiven Feriensportlager in Fiesch (Frühlings- und Herbstlager): Leistungsvertrag 2017-18; Verpflichtungskredit	13
9 Zweijährige Leistungsverträge 2017-2018 im Bereich offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen; zwei Verpflichtungskredite in Stadtratskompetenz	14
10 Dringliche Motion Kommission PVS (Franziska Grossenbacher, GB/Alexander Feuz, SVP/David Stampfli, SP): Schulraumsicherung in der Länggasse im Zusammenhang mit dem Neubau Depotstrasse 40	18
11 Interfraktionelles Postulat GFL/EVP, BDP/CVP, GLP, GB/JA!, SP (Manuel C. Widmer, GFL/Bettina Jans-Troxler, EVP/Sandra Ryser, GLP/Regula Bühlmann, GB/Martin Schneider, BDP/Bettina Stüssi, SP): Die wachsende und sich verändernde Stadt braucht flexiblere Schulkreisgrenzen	18
12 ARA-Zuleitungsstollen Bern West: Hochwasserschutz Stadtbach; Erhöhung Planungskredit	21
13 Dringliche Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Weiteres Vorgehen in Sachen Tram Bern-Ostermundigen. Wer muss das bezahlen, ich habe doch kein Geld!	22
Traktandenliste	22
Eingänge	23

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 18.50 Uhr

Vorsitzend

Präsident 2017: Christoph Zimmerli
 Alterspräsident: Luzius Theiler

Anwesend

Mohamed Abdirahim	Tamara Funciello	Lukas Meier
Timur Akçasayar	Katharina Gallizzi	Melanie Mettler
Katharina Altas	Claude Grosjean	Patrizia Mordini
Christa Ammann	Franziska Grossenbacher	Barbara Nyffeler
Peter Ammann	Lukas Gutzwiller	Seraina Patzen
Ursina Anderegg	Isabelle Heer	Stéphanie Penher
Thomas Berger	Erich Hess	Halua Pinto de Magalhães
Henri-Charles Beuchat	Brigitte Hilty Haller	Tabea Rai
Lea Bill	Kurt Hirsbrunner	Kurt Rüegegger
Regula Bühlmann	Stefan Hofer	Sandra Ryser
Michael Burkard	Roland Iseli	Marianne Schild
Danielle Cesarov-Zaugg	Ueli Jaisli	Leena Schmitter
Yasemin Cevik	Bettina Jans-Troxler	Edith Siegenthaler
Rithy Chheng	Dannie Jost	David Stampfli
Michael Daphinoff	Nadja Kehrl-Feldmann	Matthias Stürmer
Milena Daphinoff	Ingrid Kissling-Näf	Bettina Stüssi
Matthias Egli	Philip Kohli	Michael Sutter
Daniel Egloff	Fuat Köçer	Regula Tschanz
Bernhard Eicher	Eva Krattiger	Johannes Wartenweiler
Claudine Esseiva	Martin Krebs	Christophe Weder
Vivianne Esseiva	Marieke Kruit	Janine Wicki
Alexander Feuz	Nora Krummen	Manuel C. Widmer
Benno Frauchiger	Daniel Lehmann	Marcel Wüthrich
Barbara Freiburghaus	Maurice Lindgren	Patrik Wyss
Rudolf Friedli	Peter Marbet	Patrick Zillig

Entschuldigt

Rahel Ruch	Lena Sorg	Alexandra Thalhammer
------------	-----------	----------------------

Vertretung Gemeinderat

Reto Nause SUE	Franziska Teuscher BSS	Alec von Graffenried
Michael Aebersold	Ursula Wyss TVS	

Ratssekretariat

Daniel Weber, Ratssekretär
 Annemarie Masswadeh, Protokoll

Nik Schnyder, Ratsweibel
 Cornelia Stücker, Sekretariat

Stadtkanzlei

Jürg Wichtermann, Stadtschreiber

Die Namenslisten der Abstimmungen finden Sie im [Anhang](#). Beachten Sie dazu die Abst.Nr.

Mitteilungen des Alterspräsidenten

Vorsitzender *Luzius Theiler*: Es freut mich ausserordentlich, Sie als amtsältestes Stadratsmitglied zur 22. Legislatur des Berner Stadtrats begrüßen zu dürfen. – Den Stadtrat gibt es zwar schon seit 1888, vierjährige Legislaturen hingegen erst seit 1931.

Ich begrüße die 15 neuen Stadratsmitglieder, von denen allerdings nicht alle zum ersten Mal in diesem Saal sind; drei von ihnen sind RückkehrerInnen, die schon früher lange im Stadtrat waren: Rahel Ruch und Lea Bill, beide GB, und Ueli Jaisli, SVP. Zwölf Stadratsmitglieder sind ganz neu hier: Mohamed Abdirahim, JUSO, Timur Akçasayar, SP, Thomas Berger, FDP, Matthias Egli, GLP, Claudine Esseiva, FDP, Tamara Funicello, JUSO, Brigitte Hilty Haller, GFL, Eva Krattiger, JA!, Daniel Lehmann, SVP, Maurice Lindgren, JGLP, Tabea Rai, AL, und Marianne Schild, GLP. Ich begrüße natürlich auch alle, die bereits letztes Jahr im Stadtrat mit dabei waren, und ich begrüße auch die neuen Mitglieder des Gemeinderats, Michael Abersold, der früher lange im Stadtrat war, und Alec von Graffenried.

Erlauben Sie mir, einige persönliche Worte an Sie zu richten: Vor 50 Jahren, 1967, wurde ich zum ersten Mal in den Stadtrat gewählt, damals als jüngstes Mitglied. Seither hat das Parlament – und es ist frustrierend, dies festzustellen – laufend an Einfluss und Bedeutung verloren: Viele elementare kommunalpolitische Aufgaben wurden zentralisiert, d.h. beispielsweise an die Regionalkonferenz, den Kanton, den Bund oder gleich an alle drei übertragen, in der meiner Ansicht nach falschen Meinung, dass höhere Instanzen, die in einem Büro weit vom Ort des Geschehens entscheiden, kompetenter entscheiden als die betroffenen Leute. Zentralisiert wurden beispielsweise das Spitalwesen, grosse Teile des Schul- und Berufsschulwesens, die Polizei und der öffentliche Verkehr, alles eigentlich elementare kommunalpolitische Aufgaben, über die wir nicht mehr zu bestimmen haben. Mindestens so gravierend sind die freiwillig beschlossenen Selbstentmachtungen des Stadtrats: die Auslagerung von städtischen Aufgaben in gemischtwirtschaftliche Organe verschiedenster rechtlicher Art; dazu folgende Beispiele: Die städtischen Wohnliegenschaften wurden in den Boden- und Wohnfonds ausgelagert, die Altersheime in eine Gesellschaft namens Domicil, die städtischen Werke als sogenannte „selbständige autonome öffentliche Anstalten“ Bernmobil und ewb in privatwirtschaftlich geführte Unternehmen. Dazu eine Klammerbemerkung: An dieser Stelle wird oft argumentiert, es gehe doch nicht an, dass der Stadtrat in wirtschaftlich ausgerichteten Unternehmen mit Millionenumsatz operative Entscheide treffe, zum Beispiel über Fahrzeugbeschaffungen, Linienführungen etc. Die Stadtzürcher, die bekanntlich im Ruf stehen, mindestens so gut wirtschaften zu können wie wir Berner, haben ihre industriellen Betriebe in der Stadtverwaltung belassen, und das wurde dort noch von niemandem in Frage gestellt.

Mit der Einführung des „New Public Management“ – das in Bern meist unter dem Namen „Neue Stadtverwaltung“ läuft – hat der Stadtrat, zumindest teilweise, seine wichtigste Aufgabe, die Budgetierung und die Kontrolle der Rechnung, aufgegeben. Statt wie in jedem grösseren Verein über einzelne Ausgaben zu entscheiden, bestimmen wir nur noch über einige „Globalbudgets“, innerhalb derer der Gemeinderat und die Verwaltung das Geld hin und her jonglieren können. Ein Beispiel: Vor einigen Jahren wurde ein etwas peinliches Defizit einer sportlichen Grossveranstaltung mit einem nicht verwendeten Kredit des Gleichstellungsbüros gedeckt. Dieses Konzept der „Neuen Stadtverwaltung“, des „New Public Management“, ist ein Hype aus den 80er- und 90er-Jahren, übernommen aus Holland und Neuseeland, also von Orten mit einer ganz anderen Tradition der Gemeindeautonomie. Es wurde meines Wissens

nirgends so fundamentalistisch strikt umgesetzt wie in Bern. Viele Gemeinden und Kantone sind schon wieder aus diesem Modell ausgestiegen. Mit dem New Public Management haben neoliberale Denkweisen in der Verwaltung Einzug gehalten: Jede Abteilung ist eine Art „Profitcenter“, das beim Jahresabschluss möglichst gut abschneiden muss, das möglichst darauf achten muss, das, was viel kostet und nicht so recht rentiert, der nächsten Amtsstube zu übergeben. Statt dem Gemeinwohl ist man also dem buchhalterischen Jahresabschluss verpflichtet, und das ist keine gute Entwicklung. Dienstleistung – eine wesentliche Aufgabe der Stadt – kommt von „Dienen“ und von „Leisten“, aber wenn man sie nur noch am buchhalterischen Ergebnis misst, entscheidet eben der Profit statt die Vermehrung des Gemeinwohls.

Aus guten Gründen haben wir Gewaltenteilung. Jede Macht gerät in Versuchung, missbraucht zu werden, ob sie nun von Linken oder von Rechten ausgeübt wird, das ist eine alte Erfahrung der Menschheitsgeschichte. Ein gnädiger Souverän hat mich nie mit viel Macht ausgestattet, sonst hätten andere genau schauen müssen, dass ich sie nicht missbrauche. Man übertünche die Interessengegensätze und das im Menschen verwurzelte Machtstreben nicht mit der Himbeersauce namens Vertrauen! Einer der Gründerväter der Demokratie, der dritte US-Präsident, Thomas Jefferson, hat im 19. Jahrhundert sinngemäss, wenn auch etwas pointiert gesagt: Nicht Vertrauen, sondern Misstrauen ist die Grundlage der Demokratie. Verwaltungskontrolle ist darum eine ganz elementare, wichtige Aufgabe des Stadtrats. Dies bedingt aber grösstmögliche Realisierung des Öffentlichkeitsprinzips. Die Gemeindeordnung sieht relativ gut ausgebaute Akten-Einsichtsrechte für uns Stadträtinnen und Stadträte vor. Aber die rechtzeitige Wahrnehmung dieses Rechts wird oft erschwert oder verhindert. Jedes Stadtratsmitglied hat zum Beispiel das Recht – mit gewissen Ausnahmen –, die Protokolle aller Kommissionen einzusehen, was zur Vorbereitung beispielsweise von Baugeschäften sehr wichtig ist. Statt diese Protokolle mit einem Mausclick auf dem eigenen Bildschirm einsehen zu können – was in der heutigen Zeit in meinen Augen eine Selbstverständlichkeit wäre –, muss ich extra Daniel Weber im Ratssekretariat besuchen, und er muss dann herumrennen und mir den Ordner beschaffen. Offenbar wird die teure Informatik, die sich die Stadt leistet, von einem Teil der Verwaltung als ausschliessliches Herrschaftsinstrument betrachtet.

Mit einem für mich zuweilen provokanten Fatalismus nimmt der Stadtrat seine Geringschätzung hin. – Zumindest hat der letzte Stadtrat dies so gemacht, ich hoffe, dass es mit dem neuen Parlament ganz anders wird. Für Antworten zu parlamentarischen Vorstössen beansprucht der Gemeinderat ein halbes Jahr, auch wenn die Antwort nur aus einem Satz besteht. Erheblich erklärte Motionen, die dem Gemeinderat lästig sind, werden uns nicht etwa zum Vollzug vorgelegt, wie das vorgeschrieben wäre, sondern immer wieder fristverlängert, bis wir alle nicht mehr da sind. Während zur Erleichterung der Verwaltungsarbeit Millionen und Millionen in Informatikprojekte gesteckt werden, sind unsere technischen Hilfsmittel oft von vorgestern. Häufig finden wir ein Geschäft oder eine Diskussion im Stadtrat schneller mit Google als im sogenannten Ratsinformationssystem.

Es geht nicht darum, dem Gemeinderat irgendwelche Kompetenzen wegzunehmen. Es geht einzig darum, dass wir unsere Kompetenzen, letztlich eine Errungenschaft der französischen Revolution, wieder ausüben können. Ich behaupte nur leicht überspitzt, dass wir dies heute nicht mehr immer können.

Wir brauchen wirkliche Parlamentsreformen. Einige Vorschläge, alle an sich nicht neu: Der Gemeinderat hat höchstens drei Monate Zeit, um unsere Vorstösse zu beantworten und wir nochmals drei Monate, um sie im Rat zu traktandieren. So würden sie innert nützlicher Frist behandelt, bevor 28 Vorstösse zum gleichen Thema vorliegen. Das wäre doch eigentlich ganz einfach. Weiter: Die technischen und personellen Ressourcen im Ratssekretariat müssen verstärkt werden, damit wir über gleich-längere – nicht gleich lange – Spiesse verfügen wie die Exekutive und die Verwaltung. Oder: Das Öffentlichkeitsprinzip und die auf dem Papier gut ausgestalteten Einsichtsrechte müssen gewährleistet und ausgebaut werden.

Und wenn wir schon beim Parlamentsbetrieb sind, will ich noch etwas am grössten Tabu rütteln, unserer „Entlöhnung“. Ich kann dies mit gutem Gewissen tun, weil ich von einer Änderung nicht mehr profitieren würde. Ein Gemeinderatsmitglied verdient Fr. 240'000 pro Jahr. Als Stadträtinnen und Stadträte wenden wir mindestens 20% unserer Arbeitszeit für unser Amt auf. Dafür erhalten wir ein Almosen von 4000-6000 Franken. – Da stimmt doch irgendetwas nicht. Nicht dass ich 50'000 Franken Lohn für jedes Stadtratsmitglied verlange – im grossen Kanton wird in dieser Hinsicht übertrieben, das ist auch nicht gut –, aber es muss allen möglich sein, ein Stadtratsmandat mit dem nötigen Zeitaufwand auszuüben. Bräuchte es dazu wohl eine Stadtratsgewerkschaft? Ich vertrete eine Partei, wo manche – nicht alle, aber manche – in eher prekären Verhältnissen leben: Künstlerinnen und Künstler, die sich von einem Förderbeitrag zum anderen durchhangeln, von Unterrichtsstunden leben, die oft während Stadtratszeiten stattfinden, als Alleinerziehende wenig Spielraum haben, mit einem kleinen Gewerbe die Aufträge der Kunden nicht einfach der Politik wegen vernachlässigen können. Es gab mir zu denken, als ich bei der KandidatInnensuche mehrmals hörte, man könnte sich ein Stadtratsmandat schlicht und einfach nicht leisten. Das ist kein Zustand! Wir haben als gegenläufige Bewegung, dass ein immer grösserer Teil von Ihnen beruflich etwas mit Politik zu tun hat, etwa die Interessen einer Organisation vertritt oder in Public Affairs macht. Wenn alle, wie beim Sport, hier im Stadtrat in den Tenues ihrer Sponsoren erscheinen würden, wäre das Ratsbild sehr bunt. Wir brauchen eine grundlegende Parlamentsreform, damit wir unseren Verpflichtungen wieder nachkommen können. Helfen Sie mit, damit wir eine solche Reform, oder wenigstens wesentliche Teile davon, in dieser Legislaturperiode hinkriegen, das sollte doch möglich sein!

Ich weiss, im Verhältnis zu den existenziellen Problemen der grossen Mehrheit der Weltbevölkerung – Armut, Krieg, Hunger, fehlendes Wasser, mangelhafte Infrastrukturen – sind die eben angeschnittenen Themen Luxusprobleme. Aber ebenso gilt: Alle Entscheide, die wir hier treffen, haben Auswirkungen weit über unsere Grenzen hinaus. Wir können uns dieser Verantwortung nicht entziehen. Ein Beispiel: Wenn wir über das natürliche Wachstum hinaus die Stadt vergrössern, werden naturgemäss andere Orte kleiner. Wir lesen gerade in letzter Zeit zum Beispiel immer wieder von Schulhausschliessungen oder von drohenden Spitalschliessungen. So wertlos gewordene Infrastrukturen müssen dann bei uns in der Stadt neu gebaut werden. Wir können uns das vielleicht finanziell leisten. Aber nicht leisten können wir uns die Zerstörung der grünen Lungen in unserer Stadt, die für das Klima wichtig sind, und nicht leisten können wir uns die weitere Zerstörung von Kulturland ausserhalb der Stadt; das alles hat Einfluss auf die Transportwege der Nahrungsmittel und auf unseren Ressourcenverbrauch. Wenn dieser in den reichen Ländern steigt, so geht dies letztlich auf Kosten der Ressourcen der armen Länder. Wir leben mit einem viel zu grossen Fussabdruck. Erfreulicherweise haben die Mehrheit der hier vertretenen Parteien und das städtische Stimmvolk der Initiative für eine grüne Wirtschaft zugestimmt, die zum Ziel hat, unseren Fussabdruck auf ein weltverträgliches Mass zu reduzieren. Messen wir jeden einzelnen Entscheid, besonders auch jeden Bauentcheid, in diesem Rat an diesem Ziel!

Wir haben auch eine Verantwortung als Parlament der Bundesstadt – nicht Hauptstadt, bei unserem föderalistischen Aufbau ist kein Ort wichtiger als der andere. Was in Bern passiert, wird beachtet, hat Signalwirkung. Wenn zum Beispiel mit einem voreiligen Bückling gegenüber einem wirtschaftsmächtigen Potentaten eine friedliche Demo in entfernter Sichtweite des Staatsgastes verboten wird, setzen wir kein gutes Zeichen. Umgekehrt würde es uns gut anstehen, die Flüchtlinge, die es bis zu uns geschafft haben, an unseren öffentlichen Gebäuden willkommen zu heissen, wie ich das in Barcelona und andern Städten Kataloniens gesehen habe, notabene in einem Land, in dem die Arbeitslosigkeit bedeutend grösser ist als hier, wo man aber kaum Protest hört gegen Flüchtlinge. Das ist zwar Symbolpolitik, aber Symbole sind manchmal wichtig in der Politik.

Trotz all der schrecklichen Nachrichten, die wir jeden Tag hören und lesen, braucht es die Überzeugung, dass der Mensch das Potenzial hat, sich und die Gesellschaft positiv weiterzuentwickeln. Sonst könnten wir wirklich fischen oder, die noblere Variante, auf den Golfplatz gehen. Erlauben Sie mir eine kleine Anekdote: Theodor W. Adorno, der berühmte Philosoph und Soziologe der Achtundsechziger, der auch mich in meiner Entwicklung stark beeinflusst hat, ist einmal in Bern aufgetreten, und das nicht etwa an der Uni, sondern im Keller „Junkere 37“, wo der aufmüpfig-widerständige Berner Untergrund zusammenkam. An diesen wöchentlichen Zusammenkünften in der Junkere 37 waren immer zwei Vertreter der politischen Polizei mit dabei, die rapportieren mussten. Die hat man gekannt, man stand schon fast in einem freundschaftlichen Verhältnis mit ihnen, das Ganze ging viel menschlicher zu und her als heute, mit der digitalen Überwachung. Nachdem Theodor W. Adorno seinen Vortrag gehalten hatte und die Diskussion vorbei war, kamen die beiden zu mir und baten mich, in einem Satz zusammenzufassen, was der Referent gesagt habe, für ihren Rapport für die Polizei. Ich habe ihnen dann gesagt, sie sollten schreiben, er habe gesagt, man solle alles Gute unterstützen und alles Schlechte bekämpfen, und das haben sie dann wohl so weitergemeldet. Theodor W. Adorno hat die schöne Losung geprägt: „Ins Gelingen verliebt sein – ans Scheitern nicht glauben“. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine gute Legislatur. (*Applaus*)

2016.SR.000274

1 Wahl des Präsidiums und des Büros des Stadtrates für das Jahr 2017

Beschluss

Der Stadtrat wählt einstimmig für das Jahr 2017 Christoph Zimmerli (Fraktion FDP) als Präsident. (*Applaus*)

Der Stadtratspräsident 2016 *Thomas Göttin*: Es freut mich, dass ich an dieser Stelle noch ein paar Worte „ausser Konkurrenz“ sagen darf. Ich gratuliere Christoph Zimmerli ganz herzlich zu seiner Wahl, ich bin überzeugt, dass der Stadtrat in ihm einen ausgezeichneten Präsidenten haben wird, ich habe das gesehen in unserer Zusammenarbeit in den vergangenen zwei Jahren. Wir haben bereits von der Kontrollfunktion geredet, und ich bin auch überzeugt, dass Christoph Zimmerli den Stadtrat auch leiten wird, wenn es darum geht, politische Diskussionen zu führen und Entscheide zu fällen, und ich glaube auch, dass er den Stadtrat ausgezeichnet gegen aussen vertreten wird, als Bindeglied zur Bevölkerung, was ebenfalls eine wichtige Aufgabe ist.

Ich habe sehr gern mit ihm zusammen gearbeitet, er hat eine unglaubliche Dossierkenntnis und unglaubliches Verfahrenswissen, ihm kann man nichts vormachen, was die Abläufe angeht. Und das hat mich immer unterstützt – das hat man vielleicht gar nicht mal gemerkt –, denn ich wusste immer, ich kann mich darauf verlassen, und dieses Wissen wird Christoph Zimmerli jetzt sicher zum Guten des Stadtrats einbringen.

Es freut mich, dass Christoph Zimmerli bereits angekündigt hat, dass er die eine oder andere Veranstaltung ausserhalb des Stadtrats durchführen wird, das ist eine wichtige Aufgabe. Er wird das Eine oder Andere, was wir dieses Jahr angefangen haben, weiterführen, wenn auch vielleicht in etwas anderer Form. Es ist in einer Demokratie wichtig, nicht nur die einzuschliessen, die wählen, sondern auch die, die nicht wählen und die, die nicht wählen dürfen, und dabei sind natürlich auch verschiedene Formen von Austausch ein wichtiger Punkt.

Sie werden einen tollen Stadtratspräsidenten haben. Ich kann ihm nicht grosse Tipps geben, aber zwei gebe ich ihm trotzdem: Ich habe festgestellt, dass es von meinem Präsidialjahr kein einziges Foto gibt, auf dem ich vorne sitze als Stadtratspräsident – immerhin konnten wir das

heute noch nachholen –, darum mein Tipp: Achten Sie darauf, dass es möglichst rasch ein solches Bild von Ihnen gibt. Und falls dies bis Juni noch nicht passiert ist, organisiere ich einen Fotografen oder mache gleich selber ein Bild. Das Zweite, das ich Ihnen mitgeben will: Sie wissen, man arbeitet im Stadtrat mit der Stimme. Und wenn sie einmal krächzt, hilft ein Holunderblütensirup, so wird die Stimme wieder ganz weich, und der Stadtrat folgt Ihnen wie brave Lämmchen. Ich gratuliere Ihnen ganz herzlich, und ich freue mich auch für Regula Bühlmann, die Sie unterstützen wird, Sie werden ein tolles Team sein. Ich habe die Arbeit im Stadtrat sehr genossen und ich habe auch mein Präsidialjahr sehr gern gemacht, und ich freue mich, den Stab weiterzugeben.

Der Vorsitzende *Christoph Zimmerli*: Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie mir mit Ihrer Wahl schenken. Ich möchte zuerst Thomas Göttin gebührend verabschieden: Namens des Stadtrats danke ich Ihnen ganz herzlich für die hervorragende Arbeit, die Sie als Stadtratspräsident 2016 geleistet haben. Sie waren Stadtratspräsident mit Leib und Seele, ein Stadtratspräsident, der stolz war auf sein Amt und einer, der dieses Amt mit seiner Persönlichkeit ausgefüllt hat. Sie haben, wie Sie dies vor einem Jahr angekündigt hatten, den Rat mit Gelassenheit und auch einer Prise Humor geführt. Obwohl es ein Wahljahr war, haben Sie den Rat ruhig und souverän geführt und den Pendenzenberg substanziell abgebaut. Sie haben mit dieser klaren Führung ein gutes Klima im Rat geschaffen und so manche fruchtlose Auseinandersetzung vermieden. Schon fast legendär war die Budgetdebatte 2016, die Sie im Rekordtempo durchgeführt haben, oder die Aufräumsitzung, an der wir an einem Abend sage und schreibe 84 Traktanden erschlagen haben. Sie haben aber nicht nur im Stadtrat eine gute Figur gemacht, sondern Sie haben auch die Rolle als Repräsentant dieser Stadt gut wahrgenommen. So haben Sie in Ihrem Amt an über 50 Anlässen teilgenommen und gut 25 Reden gehalten. Das ist weit mehr, als mancher Präsident vor Ihnen geleistet hat, und das kann es fast mit der Leistung von Her Majesty The Queen aufnehmen. Sie haben dabei, wie man gehört hat, auch lustige Momente erleben dürfen, wie beispielsweise anlässlich einer Schiffstau- fe am 11. Juni 2016 auf der Aare, als es nicht nur von unten nass war, sondern auch von oben, weil es wie aus Kübeln gegossen hat, aber trotzdem war es ein schöner Event. Sie durften auch andere schöne Momente erleben, beispielsweise anlässlich des sympathischen Stadtratsausflugs in Ihre alte Heimat Basel, und Sie haben auch für politische Innovation gesorgt, etwa mit dem Gedankenaustausch zwischen den Parlamenten von Bern und Köniz oder mit der Begegnung mit dem Burgerrat, den es offenbar schon seit sehr langem nicht mehr gegeben hatte. Und Sie haben auch für Unterhaltung gesorgt, als Saxophonist von „Fraktionszwang“. Man könnte also summieren: „Göttin in allen Gassen“. Sie waren ein motivierender Präsident, ein lässiger Präsident, mit dem die Zusammenarbeit Spass gemacht hat. Wir haben uns immer sehr gut verstanden, persönlich ohnehin, und manchmal sogar politisch, wie die damalige Rettungsaktion für den Bauernhof in der Elfenau beweist, da hatten wir wortwörtlich das Heu auf der gleichen Bühne. Als kleines Zeichen des Dankes und der Anerkennung habe ich Ihnen ein kleines Geschenk mitgebracht. Sie haben zahlreiche Interessen, wie alle wissen, die Sie kennen, und darum war die Wahl nicht ganz einfach. Einen Gartengutschein hat Ihnen schon Ihr Vorgänger geschenkt, einen Gutschein für ein Nachtessen hat Ihnen der Stadtrat geschenkt, einen Gutschein für einen Vogelkundler im Dählhölzli ebenfalls, etwas für die Fasnacht habe ich Ihnen als eingefleischtem Stadtbasler Fasnächtler nun wahrlich nicht mitbringen können, einen Gutschein für einen FCB-Match habe ich als Vater eines YB-Fans nicht übers Herz gebracht. Also blieb noch die Musik: Ein Gutschein für Noten, und dies nicht ganz ohne Hintergedanken: Vielleicht entsteht daraus ja ein neues Stück für den „Fraktionszwang“. Und für den Fall, dass Ihnen einmal etwas verleidet im Leben, habe ich Ihnen etwas aus dem Garten mitgebracht: Quittenschnaps aus der Elfenau, Eigenbrand, das

ist heilend in jeder Lebenslage. So wünschen wir Ihnen alles Gute, weiterhin viel Glück und Spass; und vielen Dank, Thomas. (*Applaus*)

Ich danke Ihnen, liebe Stadträtinnen und Stadträte herzlich für das Vertrauen, das Sie mir mit der Wahl entgegenbringen. Es ist mir eine Ehre, die Legislatur heute mit eröffnen zu dürfen und in diesem Jahr den Stadtrat zu präsidieren. Ich danke meiner freisinnigen Partei und der Fraktion dafür, dass sie mich unterstützt und nominiert hat, und ich danke meiner Familie, die mein politisches Engagement seit Jahren wohlwollend, aber zugleich auch kritisch begleitet. Ich bin bekanntlich nicht der Mann der grossen Emotionen, aber etwas Freude empfinde ich heute durchaus.

Es ist ein grosses Privileg, dem Parlament der Bundeshauptstadt eines freien, demokratischen Landes angehören zu dürfen, Politik in einem freien Ideenwettbewerb gestalten und vor allem: sich seine eigene Meinung bilden und sie äussern zu dürfen. Wenn wir uns vergegenwärtigen, dass nur wenige hundert Kilometer von hier Parlamentarier als angebliche Terroristen verhaftet oder sogar umgebracht werden, nur weil sie die Ansichten der Regierenden nicht teilen, so sind Freiheit und Demokratie nicht nur ein Privileg, nein, sie sind eine Verpflichtung; vor allem in unsicheren Zeiten. Wir, der Stadtrat, sind die Hüter dieser Demokratie, wenn auch nur, aber immerhin, auf dem Gebiet der Bundeshauptstadt. Demokratie ist ein junges und immer noch feines Pflänzchen, auch in der Stadt Bern. Die 825-jährige Stadtgeschichte vor Augen, hat nämlich erst am 17. Oktober 1832 die erste Einwohnergemeindeversammlung stattgefunden, und die erste Stadtratssitzung fand am 8 März 1888 statt, also vor bald 129 Jahren. Die Jahrhunderte zuvor haben andere Räte regiert. Und noch heute liegt die staatliche Hoheit nicht nur in den Händen des Stadtrats. Ein Teil der Verantwortung ist auch heute noch in der Burgergemeinde und ihren Organen, und ein bedeutender Teil der Verantwortung, wir haben es schon gehört, liegt beim Gemeinderat, der den Stadtrat in den vergangenen Jahren – ob begründet oder nicht, ich suche nicht nach Schuldigen, sondern stelle einfach fest – nicht immer gleich ernst genommen hat. Jüngst wurde ein Mitglied des Gemeinderats in den Medien folgendermassen zitiert: „Die Debatten im Stadtrat sind das Eine, die konkrete Umsetzung ist das Andere, die Stadträte sind etwas weiter weg von diesen Diskussionen“. Diese Aussage muss uns als Stadtrat stören. Wir wollen in Zukunft als Stadtrat anders wahrgenommen werden, denn wir setzen Recht, wir entscheiden über das Budget und über Ausgaben, wir beaufsichtigen den Gemeinderat und wir sind Wahlorgan diverser Gremien. Wir sind damit nicht nur formell das oberste Organ dieser Stadt, sondern nehmen zentrale Aufgaben wahr im Funktionieren der immerhin viertgrössten Stadt und Agglomeration der Schweiz. Aber um unserem Anspruch gerecht zu werden, müssen wir uns mit Engagement und Ernsthaftigkeit an die Arbeit machen. Und das Ziel, nämlich das Wohlergehen unserer Einwohnerinnen und Einwohner, nie aus den Augen verlieren. Ich bin überzeugt, dass wir alle in diesem Jahr den Tatbeweis erbringen können, dass auch ein Milizparlament in einer doch einigermaßen grossen Gemeinde diesen Herausforderungen gewachsen ist. Ein Parlament lebt bekanntlich von der Auseinandersetzung in der Sache, aber in den vergangenen Jahren hat, ganz zeitgeistig und als Abbild der Kommunikation in den sozialen Medien, die personenfokussierte, konfrontative Auseinandersetzung auch in diesem Rat zugenommen. Das stört. Ich möchte Sie motivieren, Ihre Energie in diesem und in den kommenden Jahren in die Inhalte zu stecken und in der Ratsdebatte mit geistreichen Beiträgen zu brillieren. Um eine offene, anregende und nicht moralisierende Debatte zu befördern, nehme ich mir das Recht heraus, anlässlich des Schlussessens Ende Jahr die beste Rede eines Stadtrats oder eine Stadträtin in diesem Jahr mit dem neu gestifteten Cicero-Preis zu prämiieren. Ein grosses Wort.

Was dürfen Sie weiter erwarten von mir? Ich bin nicht der gestrenge Oberst, der hier für Ruhe und Ordnung sorgen will. Ich bin auch nicht der Schulmeister, der mit moralisierendem Impetus Sprechende davon abhalten will, ihr eigenes Ansehen zu ramponieren. Und ich bin auch nicht der Effizienzmaster, der meint, ein Parlament müsse, koste es was es wolle, effizient

sein – nein: ich verstehe mich als Moderator, der eine positive und konstruktive Atmosphäre schafft, damit der Stadtrat seine Aufgabe erfüllen kann. Dabei sind mir eine gute Organisation und Transparenz wichtig; wenn Sie irgendein Anliegen haben, kommen Sie bitte auf mich zu. Wir führen sämtliche bewährten Anlässe weiter: Stadtratsintern sind dies der Stadtratsausflug, der uns am 24. August nach Zürich führen wird, und das Schlussessen am 7. Dezember im Haus der Religionen. Ein besonderes Highlight, bedingt durch den Umbau des Rathauses, wird sein, dass wir die Ratssitzung vom 29. Juni im Münster durchführen dürfen. Auch führe ich eine vom damaligen Ratspräsidenten Peter Bernasconi 2007 eingeführte Idee weiter und möchte bis im Frühjahr, wie es auch Thomas Göttin gemacht hat, mit jeder Fraktion einmal in einer Stadtratspause zu Abend essen, für einen Gedankenaustausch auch einmal auf einer etwas anderen Ebene. Gegen aussen verstehe ich mich als Repräsentant des Stadtparlaments und der Stadt. Der Stadtrat wird mehrere Treffen mit anderen Parlamenten durchführen können, so mit dem Zürcher Gemeinderat am 9. März, mit dem Parlament der Stadt Uster am 23. März, im Rahmen des Stadtratsausflugs am 24. August mit Stadt- und Gemeinderat der Stadt Zürich, und am 26. Oktober mit dem Parlament von Köniz. Am 6. Juli findet ein Treffen mit dem Burgerrat statt, diesmal in Erlacherhof, und am 1. August der traditionelle Nationalfeiertag auf dem Münsterplatz. Daneben finden zahlreiche repräsentative Anlässe statt, die eine Chance bieten, die Stadt Bern in einem positiven Licht erscheinen zu lassen und mit der Bevölkerung in Kontakt zu treten. Damit komme ich noch zu einer Bitte an Sie: Um uns herum bröckelt das Vertrauen in die Institutionen und in die Verantwortungsträger in Staat und Gesellschaft; die politischen Entwicklungen der letzten Monate in der Welt, in Europa, aber teilweise auch in der Schweiz müssen uns eine Mahnung sein, dass ein substanzieller Teil der Bevölkerung verunsichert ist, sich nicht mehr verstanden und noch weniger vertreten fühlt. Diese Mahnungen müssen wir umso mehr verstehen, als ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung nicht mehr in der Stadtregierung vertreten ist. Wir sind uns selber lieb, wenn wir hier in Bern diese negativen Entwicklungen nicht zulassen, sondern handeln, bevor es zu spät ist. In dem Sinn bitte ich Sie, in Ihrer Funktion als Stadträtinnen und Stadträte den Kontakt zur Bevölkerung aktiv und ganz bewusst zu pflegen – nicht nur zu Ihrer eigenen Klientel, sondern zu jedermann und jederfrau –, die Sorgen der Leute ernst zu nehmen und ihnen Vertrauen in die Institutionen und insbesondere auch in den Stadtrat zu vermitteln. In dieser Bitte einschliessen möchte ich alle Menschen und insbesondere auch Kinder und Jugendliche, die in jüngster Zeit fliehen mussten und die bei uns eine Unterkunft gefunden haben. Und ich schliesse mit dem Wunsch für uns alle, dass wir uns manchmal nicht ganz so ernst nehmen, eine Portion Gelassenheit behalten, den Humor nicht verlieren und Freude am Amt, an der Politik und am Leben haben. Vielen Dank. (*Applaus*)

Ich danke Luzius Theiler dafür, dass er sein Amt als Alterspräsident wahrgenommen hat. Und damit fahren wir weiter mit den Wahlen:

Beschluss

Der Stadtrat wählt einstimmig für das Jahr 2017 Regula Bühlmann (Fraktion GB/JA!) als 1. Vizepräsidentin. (*Applaus*)

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Wir werden sämtliche vorgeschlagenen Kommissionsmitglieder und -präsidien unterstützen. Es gab aber in unserer Fraktion eine Diskussion dazu, ob wir den Turnus unterstützen, der auch der BDP, trotz massiven Sitzverlusten, wieder einen Präsidiumssitz geben will. Wir wissen: in den Kommissionen hätten sie gemäss Schlüssel Anspruch auf vier Präsidien, sie haben aber nur drei Sitze. Wir werden aber, insbesondere im Hinblick auf eine Verbesserung der bürgerlichen Zusammenarbeit in der Zukunft, diese Wahl unterstützen und empfehlen darum Philip Kohli zur Wahl und wünschen im viel Erfolg.

Beschluss

Der Stadtrat wählt einstimmig für das Jahr 2017:

1. Philip Kohli (Fraktion BDP/CVP) als 2. Vizepräsident
2. Henri-Charles Beuchat (Fraktion SVP) als Stimmenzähler
3. Katharina Altas (Fraktion SP/JUSO) als Stimmenzählerin.

(Applaus)

2016.SR.000275

2 Aufsichtskommission (AK): Neuwahl von 11 Mitgliedern für die Amtsdauer 2017 bis 2020 sowie Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums für das Jahr 2017

1. Der Stadtrat wählt die folgenden von den Fraktionen nominierten Mitglieder einstimmig: Christa Ammann (AL/GPB-DA/PdA), Lea Bill (GB/JA!), Danielle Cesarov-Zaugg (GFL/EVP), Bernhard Eicher (FDP), Claude Grosjean (GLP/JGLP), Stefan Hofer (SVP), Nadja Kehrli-Feldmann (SP/JUSO), Martin Krebs (SP/JUSO), Leena Schmitter (GB/JA!), Edith Siegenthaler (SP/JUSO), Manuel C. Widmer (GFL/EVP).
2. Der Stadtrat wählt für das Jahr 2017
 - Nadja Kehrli-Feldmann (SP/JUSO) einstimmig als Präsidentin
 - Leena Schmitter (GB/JA!) einstimmig als Vizepräsidentin.

2016.SR.000276

3 Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU): Neuwahl von 11 Mitgliedern für die Amtsdauer 2017 bis 2020 sowie Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums für das Jahr 2017

1. Der Stadtrat wählt die folgenden von den Fraktionen nominierten Mitglieder einstimmig: Peter Ammann (GLP/JGLP), Michael Burkard (GFL/EVP), Michael Daphinoff (BDP/CVP), Roland Iseli (SVP), Dannie Jost (FDP), Peter Marbet (SP/JUSO), Halua Pinto de Magalhães (SP), Lena Sorg (SP/JUSO), Matthias Stürmer (GFL/EVP), Regula Tschanz (GB/JA!), Johannes Wartenweiler (SP/JUSO).
2. Der Stadtrat wählt für das Jahr 2017
 - Matthias Stürmer (GFL/EVP) einstimmig als Präsident
 - Michael Daphinoff (CVP) einstimmig als Vizepräsident.

2016.SR.000277

4 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Neuwahl von 11 Mitgliedern für die Amtsdauer 2017 bis 2020 sowie Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums für das Jahr 2017

1. Der Stadtrat wählt die folgenden von den Fraktionen nominierten Mitglieder einstimmig: Milena Daphinoff (BDP/CVP), Alexander Feuz (SVP), Benno Frauchiger (SP/JUSO), Barbara Freiburghaus (FDP), Franziska Grossenbacher (GB/JA!), Marieke Kruit (SP/JUSO), Melanie Mettler (GLP/JGLP), Rahel Ruch (GB/JA!), Kurt Rügsegger (SVP), Michael Sutter (SP/JUSO), Patrik Wyss (GFL/EVP).
2. Der Stadtrat wählt für das Jahr 2017

- Alexander Feuz (SVP) einstimmig als Präsident
- Michael Sutter (SP/JUSO) einstimmig als Vizepräsident.

2016.SR.000278

5 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK): Neuwahl von 11 Mitgliedern für die Amtsdauer 2017 bis 2020 sowie Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums für das Jahr 2017

1. Der Stadtrat wählt die folgenden von den Fraktionen nominierten Mitglieder einstimmig: Katharina Altas (SP/JUSO), Ursina Anderegg (GB/JA!), Thomas Berger (FDP), Bernhard Eicher (FDP), Rudolf Friedli (SVP), Lukas Gutzwiller (GFL/EVP), Fuat Köçer (SP/JUSO), Seraina Patzen (GB/JA!), Tabea Rai (AL/GPB-DA/PdA), Sandra Ryser (GLP/JGLP), Bettina Stüssi (SP/JUSO).
2. Der Stadtrat wählt für das Jahr 2017
 - Bernhard Eicher (FDP) einstimmig als Präsident
 - Lukas Gutzwiller (GFL/EVP) einstimmig als Vizepräsident.

2016.SR.000279

6 Agglomerationskommission (AKO): Neuwahl von 11 Mitgliedern für die Amtsdauer 2017 bis 2020 sowie Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums für das Jahr 2017

1. Der Stadtrat wählt die folgenden von den Fraktionen nominierten Mitglieder einstimmig: Timur Akçasayar (SP/JUSO), Katharina Gallizzi (GB/JA!), Isabelle Heer (BDP/CVP), Ueli Jaisli (SVP), Bettina Jans-Troxler (GFL/EVP), Ingrid Kissling (SP/JUSO), Nora Krummen (SP/JUSO), Patrizia Mordini (SP/JUSO), Alexandra Thalhammer (FDP), Luzius Theiler (AL/GPB-DA/PdA), Patrick Zillig (GLP/JGLP).
2. Der Stadtrat wählt für das Jahr 2017
 - Ingrid Kissling (SP/JUSO) einstimmig als Präsidentin
 - Isabelle Heer (BDP/CVP) einstimmig als Vizepräsidentin.

2016.SR.000001

7 Protokollgenehmigung (Protokoll Nr. 21 vom 03.11.2016, Nr. 22 vom 10.11.2016, Nr. 23 vom 17.11.2016 und Nr. 24 vom 01.12.2016)

1. Der Stadtrat genehmigt das Protokoll Nr. 21 vom 03.11.2016.
2. Der Stadtrat genehmigt das Protokoll Nr. 22 vom 10.11.2016.
3. Der Stadtrat genehmigt das Protokoll Nr. 23 vom 17.11.2016.
4. Der Stadtrat genehmigt das Protokoll Nr. 24 vom 01.12.2016.

2016.BSS.000069

8 Verein Berner Feriensportlager: Durchführung der polysportiven Feriensportlager in Fiesch (Frühlings- und Herbstlager): Leistungsvertrag 2017-18; Verpflichtungskredit

Gemeinderatsantrag

Der Stadtrat bewilligt für die Abgeltung der Leistungen, die der Verein Berner Feriensportlager gestützt auf den Leistungsvertrag 2017-2018 erbringt, einen Verpflichtungskredit von Fr. 500 000.00 (Fr. 250 000.00 jährlich zulasten der Erfolgsrechnung, Produktgruppe PG 380200 Feriensportlager, Konto 3650360).

Bern, 7. September 2016

Sprecherin SBK *Katharina Altas* (SP): In der SBK war der Verpflichtungskredit unbestritten und gab zu keinen Diskussionen Anlass, er wurde mit 8 Ja- ohne Gegenstimme angenommen. Das Feriensportlager in Fiesch ist zu einer Institution und zu einem wichtigen Termin für viele Kinder und Jugendliche der Stadt Bern geworden. Bereits seit 31 Jahren wird es von der Stadt Bern unterstützt. Kurz zu den Änderung gegenüber dem letzten Leistungsvertrag: Neu können auch Kinder ab der vierten Schulklasse am Fiescher Lager teilnehmen. In den letzten Jahren gab es beim Herbstlager Rückgänge bei den Anmeldungen von Neuntklässlern. Dies wird einerseits auf die geburtenschwachen Jahrgänge zurückgeführt, andererseits auf die restriktive Handhabung der Nachtruhe und die eingeschränkte Nutzung des Handys. Da die Lagerplätze 2015 nicht völlig ausgebucht waren, entschied man sich zu einem Pilotversuch mit Viertklässlern, und nachdem die Verantwortlichen diesen als positiv bewertet hatten, wurde die Option hinzugefügt, Viertklässlerinnen und Viertklässler zum Fiescher Lager zuzulassen, falls genügend Plätze vorhanden sind. Ausserdem werden Frühlings- und Herbstferienlager jetzt unter einer Trägerschaft geführt: Nachdem der Chef-Lagerleiter des Frühlings-Sportlagers nach dreissigjähriger Tätigkeit seinen Rücktritt bekanntgab, kamen das Sportamt, die Lagerleitung und der Vereinsvorstand zum Schluss, Frühlings- und Herbstlager ab 2017 unter der gleichen Trägerschaft durchzuführen. Der Verein „Berner Feriensportlager“ hat sich bereit erklärt, die Trägerschaft zu übernehmen, unter der Bedingung, dass der Kredit ab dem Leistungsvertrag (LV) 2017/2018 um 50 000 Franken auf 250 000 Franken pro Jahr erhöht wird. Aus städtischer Sicht bleibt die Erhöhung budgetneutral, da das Sportamt einen separaten Betrag von 50 000 Franken für das Frühlingslager bereitgestellt hat. Durch die Zusammenlegung der neuen Trägerschaft können Synergien in der Organisationsstruktur und im Bereich administrative Aufgaben und Kommunikation genutzt werden. Beide Lager stehen neu unter der Leitung des gleichen Chef-Leiters. Die SBK beantragt dem Stadtrat, dem Verpflichtungskredit in Höhe von 500 000 Franken gemäss LV 2017-2018 mit dem Verein Berner Feriensportlager zuzustimmen.

Für die Fraktion SP/JUSO: Auch in der Fraktion SP/JUSO gab der Verpflichtungskredit wenig zu diskutieren und wurde einstimmig unterstützt. Es ist für uns unbestritten, dass das Fiescher Lager ein etabliertes Angebot ist und nicht mehr wegzudenken aus dem Berner Kalender. Auch den Änderungen gegenüber dem letzten LV können wir voll und ganz zustimmen.

Direktorin BSS *Franziska Teuscher*: Ich freue mich, diese Legislatur mit meinen Geschäften eröffnen zu können. Wer neu im Stadtrat ist, weiss es vielleicht nicht: die BSS ist die grösste Direktion der Stadt Bern. Für uns steht der Mensch im Zentrum, und ich denke, es ist ein schönes Zeichen für Ihre und unsere parlamentarische und gemeinderätliche Zusammenarbeit, dass es bei uns in der Politik auch um die Menschen in der Stadt Bern geht, bei den Geschäften aus der BSS heute primär um Angebote für Kinder und Jugendliche. Und da habe

ich mich natürlich sehr gefreut über die Äusserung des neuen Stadtratspräsidenten, wonach in den Angeboten für Kinder und Jugendliche in der Stadt Bern alle willkommen sein sollten, auch Kinder und Jugendliche, die auf der Flucht waren. Es ist mir sehr wichtig, dass wir darauf achten, dass die Angebote der Stadt Bern im schulischen wie auch im freiwilligen Bereich auch wirklich für Kinder und Jugendliche offen sind, die zu uns gekommen sind, nicht weil sie dies wollten, sondern weil sie mussten. Das gehört zu einer guten Kultur und ist ein wichtiger Schritt für die Integration. Darum bin natürlich auch ich eine grosse Anhängerin der Fiescher Sportlager, denn das sind sehr günstige Angebote, die, auch mit den Verbilligungen, die die Stadt ausrichten kann, für alle Kinder und Jugendlichen offen sind. Diese Lager haben eine lange Tradition, und darum kann man sagen, dass es gelungen ist, sie immer so auszugestalten, dass sie trotz veränderter Bedürfnisse der Kinder attraktiv sind. Wir haben zwar gehört: Für die Neuntklässler sind die Lager offenbar nicht mehr ganz der Hit, weil sie finden, es gebe viel zu viele Regelungen, aber die Viertklässler, die neu in die Lager aufgenommen werden, sind hell begeistert, bereits in der vierten Klasse einmal von zu Hause weg, einmal nach Fiesch gehen zu können. Und das Angebot von Fiesch ist natürlich toll, nicht nur sportlich, sondern es wird am Nachmittag auch noch mit verschiedensten Freizeitangeboten ergänzt, sei dies Maultierreiten, sei dies Cupcakes Backen oder sei dies Fotografieren. Es freut mich auch, dass der Verein, der für die Fiescher Lager verantwortlich ist, sehr gut strukturiert ist und sie auch finanziell gut führt, und ich möchte an dieser Stelle allen, die in diesem Verein tätig sind, herzlich für ihr ehrenamtliches Engagement danken, ebenso allen Helferinnen und Helfern des Fiescher Lagers. Bei rund 800 Kindern und Jugendlichen in so einem Lager braucht es zahlreiche Helferinnen und Helfer, damit alles rund um die Uhr klappt, und bis anhin hat es immer bestens geklappt. Ich kann darum die Ausführungen der SBK-Sprecherin nur unterstützen. Ich finde es sehr sinnvoll, dass man das Frühlingslager, das etwas weniger bekannt und auch etwas weniger beliebt ist, und das Herbstlager in diesem Verein zusammenführt. So gibt es bestimmt beim Frühlingslager einen Zuzug. Ich hoffe, und ich bin eigentlich sehr zuversichtlich, dass Sie dem Kredit zustimmen.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Verpflichtungskredit zu (67 Ja, 0 Nein). *Abst.Nr. 011*

2016.BSS.000068

9 Zweijährige Leistungsverträge 2017-2018 im Bereich offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen; zwei Verpflichtungskredite in Stadtratskompetenz

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat bewilligt für die Abgeltung der Leistungen, die der Trägerverein offene Jugendarbeit Stadt Bern (TOJ) gestützt auf den Leistungsvertrag für die Jahre 2017-2018 erbringt, einen Verpflichtungskredit von Fr. 3 767 852.00 (zuzüglich eines allfälligen Teuerungsausgleichs auf den Lohnkosten). Der Kredit wird in Raten von Fr. 1 873 926.00 (2017) und Fr. 1 893 926.00 (2018) (zuzüglich eines allfälligen Teuerungsausgleichs auf den Lohnkosten) zulasten der Laufenden Rechnung P330100/Konto 36360340 ausbezahlt.
2. Der Stadtrat bewilligt für die Abgeltung der Leistungen, die der Dachverband offene Arbeit mit Kindern der Stadt Bern (DOK) gestützt auf den Leistungsvertrag für die Jahre 2017-2018 erbringt, einen Verpflichtungskredit von Fr. 4 009 550.00 (zuzüglich eines allfälligen Teuerungsausgleichs auf den Lohnkosten). Der Kredit wird in Raten von Fr. 1 989 775.00 (2017) und Fr. 2 019 775.00 (2018) (zuzüglich eines allfälligen Teuerungsausgleichs auf

den Lohnkosten) zulasten der Laufenden Rechnung P330100/Konto 36360321 ausbezahlt.

Bern, 26. Oktober 2016

Sprecher SBK *Lukas Gutzwiller* (GFL): Ich habe das Geschäft von Hans Kupferschmid übernommen, der leider abgewählt wurde, und danke ihm an dieser Stelle für die gute Vorbereitung. Die Laufzeit der LV mit DOK und TOJ erlaubt wohl eine gewisse Planungssicherheit, optimal wären aber auf vier Jahre angelegte Verträge, wobei es dann aber allenfalls schwierig wäre, Korrekturen vorzunehmen. Beim vorliegenden Geschäft steht aber nicht die Planungssicherheit im Vordergrund, sondern es geht primär um Kinder und Jugendliche sowie deren Bezugspersonen.

Beide Institutionen sind seit Jahrzehnten eine wertvolle Ergänzung im Angebot der Stadt Bern für Kinder und Jugendliche. Die anrechenbaren Beiträge für die Angebote sind zu 80% zum Lastenausgleich durch den Kanton zugelassen, somit muss die Stadt nur 20% der Kosten tragen; der Kanton hat inzwischen seine Kostenbeteiligung zugesichert. Beide Organisationen sind gut verankert, das gilt insbesondere für den DOK, der neben den fachlichen Aufgaben auch als Dachverband funktioniert und mit sehr vielen lokalen Vereinen zusammen arbeitet. Im Verlauf von 20 Jahren ist ein sehr gutes Netzwerk entstanden. Der TOJ ermöglicht Jugendlichen die Teilhabe am sozialen Leben und an der Gesellschaft, die Jugendlichen werden darin gefördert, Verantwortung zu übernehmen, indem sie den Zugang zu Entscheidungsprozessen und zu Methoden der selbständigen Meinungsbildung vermittelt erhalten. Der TOJ betreibt elf Jugendtreffs und Büros in der Stadt Bern. Aufgefallen ist dem ursprünglichen Referenten eine Kostenerhöhung bei den Mieten um 23 000 Franken gegenüber der vorangehenden Zwei-Jahres-Periode. Vor allem die evangelische Kirche und die Vereinigung Berner Gemeinwesenarbeit (VBG) haben ihre Mieten erhöht. Leider hat die Stadt wenig Spielraum, um über den VBG tiefere Mieten zu erwirken.

Der DOK ermöglicht allen Kindern die Teilnahme an der Gesellschaft, er unterstützt und berät Kinder und Jugendliche bei der Mitsprache, fördert ihr Wohlbefinden und ihre Gesundheit und sensibilisiert die Öffentlichkeit für die Anliegen und Bedürfnisse der Kinder. Er unterstützt und fördert Kinder darin, Verantwortung zu übernehmen und Eigeninitiative zu entwickeln.

In der Kommission wurde auch auf die vor bald zehn Jahren gescheiterte Fusion von DOK, TOJ und VBG hingewiesen. Die zuständige Gemeinderätin hat darauf geantwortet, dass strukturelle Verschlinkungen vielleicht effizient wären, dass man sich aber bewusst sein müsse, dass in DOK und TOJ sehr viel Freiwilligenarbeit geleistet werde. Weiter wurde angesprochen, dass deren Arbeit sehr unterschiedlich auf die Stadtteile verteilt ist. Das ist historisch so gewachsen, weil der Bedarf an Angeboten nicht in allen Stadtteilen gleich hoch ist. So existieren im Westen rund doppelt so viele Standorte wie im Osten. Die SBK empfiehlt beide LV zur Annahme, mit 9 zu 0 Stimmen.

Für die Fraktion GFL/EVP: Auch unsere Fraktion wird die beiden LV annehmen. Allenfalls empfinden wir es als etwas seltsam, dass der VBG, der die Räume an diese Jugendinstitutionen vermietet, nicht mehr lastenausgleichsberechtigt ist beim Kanton, DOK und TOJ hingegen zu 80%. Aber dies ist vor allem ein Problem mit dem Kanton.

Fraktionserklärungen

Seraina Patzen (JA!) für die Fraktion GB/JA!: Gute Jugendtreffs, spannende Spielplätze und Unterstützungs- und Beratungsangebote für Kinder und Jugendliche: Man könnte wohl kaum etwas Sinnvolleres finanzieren. Und genau für diese Sachen sorgen DOK und TOJ. Die beiden LV sind in unserer Fraktion absolut unbestritten. Wir begrüßen auch den Schwerpunkt im LV mit dem TOJ, dass eine Strategie für die räumlichen Bedürfnisse von Jugendlichen erar-

beitet wird. Gerade im öffentlichen Raum wird Jugendlichen oft nicht genügend Raum zugestanden, und wir sind gespannt, was dieser Prozess ergeben wird. Wir bitten Sie, diesen beiden wichtigen LV zuzustimmen und die wertvolle Arbeit von DOK und TOJ weiterhin zu ermöglichen.

Henri-Charles Beuchat (SVP) für die Fraktion SVP: Ich weiss nicht, ob mein Beitrag nach der Kategorie des neuen Stadtratspräsidenten geistreich ist, aber er ist zumindest engagiert, und er ist gewohnt kritisch, wie man dies von einer konstruktiven Opposition erwartet. Lassen Sie es mich vorwegnehmen: Die SVP ist nicht gegen offene Kinder- und Jugendarbeit; die SVP-Fraktion sieht die Differenzen in diesen LV in der Umsetzung, sozusagen im Return on Investment, sie sieht sie im Detail, und sie sieht sie spezifisch auch bei der Altersgrenze: Es wird teilweise von 22-Jährigen als Zielgruppe geredet, und das ist für uns eindeutig ein zu hohes Alter. Für die SVP-Fraktion soll offene Kinder- und Jugendarbeit erstens politisch neutral sein, zweitens sollte sie sich auf einige Kernprojekte konzentrieren, und drittens soll sie Wünschbares vom Notwendigen unterscheiden. Auch wenn 80% durch den Kanton finanziert sind und die Stadt nur 20% beitragen muss, sind wir angehalten, sehr sorgsam mit den Mitteln umzugehen, weil es auch so um Steuergelder geht. Offene Jugendarbeit soll junge Menschen in verschiedenen Lebenslagen, in verschiedenen Lebensstilen und Lebensbedingungen unterstützen, auf dem Weg zur Selbständigkeit und mit dem Ziel der Eigenverantwortung. Und da orientiert sich die SVP vielleicht ein wenig anders als der Gemeinderat in diesen Verträgen, nämlich am Bundesgesetz und am Jugendförderungsgesetz auf Bundesebene, und dort werden die Bereiche klar skizziert: a) Spiel und Sport, b) Gesundheit, Natur und Umwelt, c) Bildung, Kultur und Gesellschaft. Aber im LV mit dem Trägerverein TOJ und dem dazugehörigen Anhang sehen wir andere Schwerpunkte, dort ist die Rede von Verbesserung der Integration, von Mitarbeit Umsetzung jugendpolitischer Konzepte, von Mitwirkungsprozessen auf politischer Ebene, und dort ist auch die Rede von Gestaltung des Lebensraums. – Und darunter versteht man beispielsweise, dass ein Trupp von Jugendlichen in einer Guerilla-Aktion den Falkenplatz neu gestaltet, ohne Bewilligung und ohne irgendwelche Kontaktnahmen. Der Gemeinderat hat offenbar eine andere Ansicht von Kinder- und Jugendarbeit, und er hat diesen Verträgen nach unserem Dafürhalten auch einen politischen Stempel aufgedrückt. Und er hat die Leistungen auch nicht ausgeschrieben – das muss er auch nicht, das hat er ausgeführt –, aber der politische Stempel ist für uns klar. Im Rossfeld engagiert sich der TOJ in der Asylpolitik, in verschiedenen Integrationsangeboten im Rahmen des geplanten Asylzentrums, und die Linien sind halt schon sehr schwimmend, wenn man versucht, auch noch Asylpolitik in diese Verträge zu bringen. Was sonst eine gut schweizerische Tugend ist, muss auch für die staatliche Jugendarbeit gelten: eine Beschränkung auf das Wesentliche, keine Masslosigkeit. Noch einmal: Die SVP ist nicht gegen Kinder- und Jugendarbeit, aber unser Credo ist eher „Jugend im Verein“ als staatlich geförderte Jugendarbeit; für uns stimmen schlichtweg die definierte und angebotene Leistung und die Inhalte, die wir für unser Geld erhalten, nicht. Als finanzkompetentes Organ kann der Stadtrat aber einzig Ja oder Nein sagen zum Betrag, auf die Inhalte können wir nur beschränkt Einfluss nehmen, darum hat die SVP Stimmfreigabe beschlossen.

Fuat Köçer (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Mein Vorredner hat die Gestaltung von Lebensraum mit Kriminalität in Verbindung gebracht. Zuerst hat mich dies überrascht, aber bei nüchterner Betrachtung kann ich dies nachvollziehen, denn die SVP ist ja auch die Partei, die die Burka mit der dritten Generation in Verbindung bringt. Aber zu meinem Votum: Kinder und Jugendliche stellen unsere Zukunft dar. Die Sozialisierung im Kindesalter findet selbstverständlich vor allem auch unter Gleichaltrigen statt. Eine gesunde Entwicklung kann nur gewährleistet werden, wenn wir Erwachsenen die notwendigen Strukturen zur Verfügung stellen,

und da gehört eben auch die Entfaltung des Lebensraums dazu. Dabei werden Arbeit und Sinn der Trägervereine wie DOK und TOJ noch einmal klar ersichtlich. Dass sich Jugendliche in den Jugendtreffs versammeln, die der TOJ betreut, oder dass Eltern dank DOK in aller Ruhe mit ihren Kindern in den Kindertreffs oder auf Spielplätzen verweilen können, kann nur gewährleistet werden, wenn wir auch von der Politik her die notwendige Unterstützung bieten. Trägervereine wie DOK und TOJ machen es möglich, dass Kinder und Jugendliche in einem geschützten Rahmen sozialisiert werden. Ein Kontakt mit den Peer-Gruppen, der nicht über das Handy oder über Internet stattfindet, ist für die psychosoziale Entwicklung der Kinder und Jugendlichen gerade im Internetzeitalter noch einmal mehr zu gewichten. Damit sich in Bern auch kommende Generationen weiterhin auch real begegnen und eine gesunde Diskussions- und Austauschkultur entwickeln können, unterstützt die Fraktion SP/JUSO die beiden Trägervereine und dementsprechend auch die Verpflichtungskredite.

Direktorin BSS *Franziska Teuscher*: Bei diesem Geschäft kann ich nahtlos anknüpfen ans vordere, bei dem es um Sportanlässe ging. Hier geht es jetzt um die offene Kinder- und Jugendarbeit in der Stadt Bern, mit zwei Angeboten, die dazu beitragen, dass die Lebensqualität auch für Kinder und Jugendliche in der Stadt Bern sehr hoch ist. Der Kommissionssprecher hat die Ausführungen zum Geschäft bereits gemacht, ich möchte sie nicht wiederholen, möchte aber allen danken, die sich in den Angeboten engagieren. Das sind zum einen Fachleute, aber zum anderen auch sehr viele Freiwillige, die sich in den Trägervereinen, auf Spielplätzen oder in Jugendtreffs engagieren. Ohne all dieses freiwillige Engagement wäre die Stadt Bern nicht eine so lebens- und liebenswerte Stadt für Kinder und Jugendliche, wie sie es ist. Und dieses Engagement, das seit Jahrzehnten geleistet wird, wurde ja inzwischen auch honoriert: Die Stadt Bern hat im vergangenen Oktober das UNICEF-Label einer kinderfreundlichen Stadt erhalten. Dabei wurde insbesondere erwähnt, dass eben genau die beiden Angebote DOK und TOJ sehr wichtig sind für die Stadt Bern.

Ich bin etwas enttäuscht vom Votum der SVP. Selbstverständlich stützt sich auch der Gemeinderat in seiner Arbeit im Kinder- und Jugendbereich auf das Bundesgesetz, aber es ist halt bei Weitem nicht so, dass wir all die Anforderungen, die in diesem Gesetz formuliert sind, einzig über DOK und TOJ abhandeln, wie vor eben gesehen haben, mit dem Fiescher Sportlager. Bei DOK und TOJ stehen gewisse Werte im Vordergrund, von denen ich bis anhin davon ausgegangen bin, dass dies auch Werte einer bürgerlichen Partei respektive einer bürgerlichen Politik sind, nämlich Eigen- und Selbstverantwortung. Wenn die Jugendlichen im Rossfeld entscheiden, dass sie sich für die Flüchtlinge engagieren wollen, so ist dies nicht der Gemeinderat, der das vorgibt, und auch nicht die Gemeinderätin, sondern es sind die Jugendlichen, die dieses Schwergewicht setzen in ihrer Arbeit. So verstehe ich Kinder- und Jugendangebote in der Stadt Bern: Dass die Kinder und Jugendlichen auch selber entscheiden, was sie machen wollen. Diese LV lassen den Kindern und Jugendlichen eine grosse Freiheit, die Stadt Bern und auch ihr Engagement so zu gestalten, wie es für sie stimmt. Dahinter kann ich voll und ganz stehen und darum hoffe ich, dass Sie diesen beiden LV zustimmen.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem Verpflichtungskredit für den TOJ zu (69 Ja, 5 Nein). *Abst.Nr. 012*
2. Der Stadtrat stimmt dem Verpflichtungskredit für den DOK zu (67 Ja, 5 Nein). *Abst.Nr. 013*

2016.SR.000229

10 Dringliche Motion Kommission PVS (Franziska Grossenbacher, GB/Alexander Feuz, SVP/David Stampfli, SP): Schulraumsicherung in der Länggasse im Zusammenhang mit dem Neubau Depotstrasse 40

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Dringliche Motion erheblich zu erklären.
Bern, 30. November 2016

Motionär PVS *David Stampfli* (SP): Die Motion ist bekanntlich im Rahmen der Abstimmung über den Neubau Depotstrasse 40 entstanden, wo man gesehen hat, dass in der Länggasse zu wenig Schulraum vorhanden ist. Der Antwort des Gemeinderats kann man entnehmen, dass er unsere Besorgnis teilt, in dieser Hinsicht ist sie sehr zufriedenstellend. Wir haben auch eine Rückmeldung der Quartierkommission Länggasse erhalten, sie hat sich sehr darüber gefreut, dass der Gemeinderat sich des Problems angenommen hat, und sie hofft, dass es inskünftig mehr Schulraum geben wird, insbesondere eben auf dem Muesmatt-Areal.

Direktorin BSS *Franziska Teuscher*: Ich möchte Sie über die erfreuliche Entwicklung informieren, die in diesem Geschäft seit der Behandlung in der PVS passiert ist: Es gibt eine verbindliche Zusage des Kantons, dass bei der Planung UniMitte die Gebäude an der Muesmattstrasse 29 für die Volksschule zur Verfügung stehen. Es ist ein Erfolg aller Engagements auch auf Stadtebene, dass Kanton und Stadt jetzt miteinander planen. Wenn es um die Interessen der öffentlichen Hand geht, sollte man eigentlich auf allen Ebenen – Stadt, Kanton und Bund – gut zusammen arbeiten, und im Fall von UniMitte ist es gelungen, dass die Stadt Bern als plus/minus gleichwertig Partnerin einbezogen wurde. Es gab Anlässe der Schulkommissionen, wo sie in Workshops dabei waren, aber auch das Schulamt, ISB und das Stadtplanungsamt. Wir werden bereits ab dem Schuljahr 2018/19 einen Teil des Gebäudes übernehmen und dort Schulraum unterbringen können, und anfangs 20er-Jahre sollte uns das ganze Gebäude zur Verfügung stehen. Ich bin sehr froh, dass das möglich wurde, weil die Stadt gerade in diesem Raum selber keine Gebäude hat, um etwas einzurichten.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt die Motion erheblich.

2014.SR.000289

11 Interfraktionelles Postulat GFL/EVP, BDP/CVP, GLP, GB/JA!, SP (Manuel C. Widmer, GFL/Bettina Jans-Troxler, EVP/Sandra Ryser, GLP/Regula Bühlmann, GB/Martin Schneider, BDP/Bettina Stüssi, SP): Die wachsende und sich verändernde Stadt braucht flexiblere Schulkreisgrenzen

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.
Bern, 11. Februar 2015

Fraktionserklärungen

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: So wie das Postulat formuliert ist, ist es eine bestechende Sache: Flexibilisierung hat Vorteile, dazu ist möglicherweise sogar ein Bedürfnis vorhanden. Aber es könnten auch gewaltige Probleme entstehen, das Schulamt könnte beispielsweise ein Bussing vornehmen, wie in den USA, und die Kinder vom einen Gebiet ins andere fahren lassen. Etwa wenn man Ganztageseschulen einrichten würde, würde dies unter Umständen bedeuten, dass Kinder nicht mehr im nahen Schulhaus zur Schule gehen, sondern an einem anderen Ort. Wo wir ebenfalls ein Problem sehen, ist mit den Leuten, die mit der Einteilung nicht einverstanden sind und ihre Kinder lieber in ein anderes Schulhaus schicken möchten. Wir sind skeptisch, dass etwas, was in der Zielsetzung gut gemeint ist, in der Realität gewaltige Probleme bereiten kann, darum lehnen wir das Postulat ab.

Manuel C. Widmer (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Wenn man vor dem Problem steht, und das ist in gewissen Schulkreisen der Fall, dass ein Schulhaus in einem Schulkreis nicht voll aufgefällt ist, während es an einem anderen Ort zu viele Kinder hat, so könnte man ja theoretisch die Kinder aus dem einen Schulkreis in ein Schulhaus schicken, das nicht überfüllt ist. Alles, was dieses Postulat will, ist, vom Gemeinderat die Chancen und Risiken eines solchen Vorgehens abschätzen zu lassen. Vielleicht kann sich der Gemeinderat ja schon einmal notieren, was Alexander Feuz vorhin gesagt hat. Es ist glaube ich niemand besser als er im Herbeireden von Problemen, bevor man überhaupt eine Grundlage dafür geschaffen hat, das muss man ihm lassen, und darum könnte man vielleicht aufgrund seines Votums die Fragen ergänzen. Aber das Postulat will ja wie gesagt nichts anderes, als dass man uns darlegt, welche Chancen und Risiken ein solches Vorgehen enthält. Eine solche Flexibilisierung böte uns vielleicht die Chance, weniger Schulhäuser bauen zu müssen oder weniger Provisorien von A nach B zu verschieben. Ich bitte Sie, dem Postulat zuzustimmen und auf die Antwort des Gemeinderats zu warten, bevor wir uns Sorgen machen.

Daniel Egloff (PdA) für die Fraktion AL/GPB-DA/PdA: Die Offenheit der Formulierung sehen auch wir eher positiv, trotzdem machen auch wir uns etwas Sorgen. Allerdings möchte ich nicht Probleme herbeireden, sondern es geht ganz einfach darum, dass tatsächlich Begehrlichkeiten entstehen könnten, wenn das Ganze zu flexibel wird. Ich möchte nicht, dass es plötzlich in Richtung freie Schulwahl geht, sondern es sollte einzig darum gehen, organisatorische Probleme zu lösen. Wir unterstützen den Vorstoss, möchten aber deponieren, dass wir jegliche Vorstösse ablehnen, die in Richtung freie Schulwahl gehen könnten.

Regula Bühlmann (GB) für die Fraktion GB/JA!: Auch unsere Fraktion bittet Sie, das Postulat erheblich zu erklären. Es ist klar, dass die Kinderzahl in den Quartieren und damit auch in den verschiedenen Schulkreisen variiert, und darum kann eine Flexibilisierung durchaus sinnvoll sein und wir sind froh, wenn man das prüft. Wir haben Rücksprache gehalten mit unseren Schulkommissionsmitgliedern, auch sie sehen es so, regen aber an, dass man bei der Beantwortung des Postulats unbedingt die Schulleitungen einbezieht und ihren Vorschlägen zuhört, weil sie es sind, die wissen, wo Problem stecken könnten. Auch wir fänden es nicht sinnvoll, wenn ein neues System dazu führen würde, dass die Eltern meinen, sie könnten frei wählen, wo ihre Kinder zur Schule gehen. Das wäre nicht der Sinn der Sache.

Bettina Stüssi (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Das meiste ist schon gesagt, ich erinnere einfach noch einmal daran, dass es um ein Postulat geht, und ich möchte betonen: Eine freie Schulwahl wollen auch wir nicht, sondern es geht um eine Flexibilität der Schulkreisgrenzen.

Welches Kind wo zur Schule geht, ist im Moment in der Kompetenz der Schulleitungen, und daran wird sich nichts ändern, auch nicht mit diesem Postulat.

Einzelvotum

Henri-Charles Beuchat: Da muss ich mir doch ein wenig die Augen reiben, wenn Sie hier mit Kinderzahlen argumentieren. Wir alle hier kennen die Realität, wir wissen, wie es läuft: Es gibt x Familien, die in einen anderen Schulkreis ziehen, bevor ihre Kinder eingeschult werden. Aber nicht wegen der Anzahl der Kinder, sondern weil sie in einem Schulkreis sind mit schwierigen Kindern und entsprechenden Problemen in den Klassen. Darum wird vor dem Einschulen umgezogen, und dies ist auch der Hintergrund dieses Postulats. Die Durchlässigkeit, die Sie bei den Schulkreisen fordern, ist ein Problem, das Sie sich mit der Ghettoisierung selber geschaffen haben, so dass die Leute ihre Kinder in gewissen Schulkreisen nicht mehr zur Schule schicken wollen. Das ist das Kernproblem. Operieren Sie doch nicht mit Kinderzahlen, sagen Sie doch bitte schön die Wahrheit: Sie merken, dass manche Familien ihre Kinder in gewissen Schulkreisen nicht zur Schule schicken wollen und sich zwangsläufig für eine Privatschule entscheiden oder eben vor der Einschulung umziehen. Das ist das Problem, und darum lehnt die SVP dieses Postulat ab.

Direktorin BSS Franziska Teuscher: Der Gemeinderat ist bekanntlich bereit, das Postulat anzunehmen, aber ich möchte trotzdem etwas dazu sagen. Ich bin sehr froh auch über die kritischen Voten, weil es durchaus nicht in meinem Sinn wäre und auch nicht im Sinn aller Schulbeteiligten, die Schulkreisgrenzen einfach abzuschaffen, denn so hätten wir keine Grundlage mehr für die Planung, weder in Bezug auf den Schulraum noch auf die Klassenzuteilung. Es braucht Grenzen, um zu wissen, wie man die Kinder den einzelnen Schulstandorten zuteilt und wie man die Klassen bildet, aber andererseits ist es ein Gebot der Stunde, diese Grenzen nicht als starr anzuschauen und darauf zu beharren, dass Kinder in ein bestimmtes Schulhaus gehen, weil sie auf dieser oder jener Seite der Grenze wohnen. In der Vergangenheit hat man es vielleicht zum Teil ein wenig zu fest so gemacht, aber mittlerweile ist diese Sensibilität auch bei den Schulleitungen vorhanden, und die Zusammenarbeit funktioniert schon heute so, dass man Kinder, die an der Grenze eines Schulkreises wohnen, je nachdem auch im benachbarten Schulkreis zur Schule gehen lässt. Das Thema und das erhöhte Bewusstsein dafür hat natürlich auch einen Zusammenhang mit innovativen Projekten wie den Ganztageschulen, und darum ist es gut, im Rahmen eines Postulats zu prüfen, was man allenfalls zusätzlich flexibilisieren kann. Ich verstehe die, die kritisch sind, auch ich bin kritisch, aber ich bin auch gespannt, was man erzielen kann, und dann muss man entscheiden, was Sinn macht. Das Ziel muss sein, dass wir die bestehenden Schulhäuser optimal nutzen, es darf nicht sein, dass sie in einem Schulkreis halb leer sind und im anderen aus allen Nähten platzen.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt das Postulat erheblich (63 Ja, 7 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 014*

2013.TVS.000107

12 ARA-Zuleitungsstollen Bern West: Hochwasserschutz Stadtbach; Erhöhung Planungskredit

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat genehmigt das Geschäft ARA-Zuleitungsstollen Bern West: Hochwasserschutz Stadtbach; Erhöhung Planungskredit.
2. Für die Durchführung einer Vorstudie zum Hochwasserschutz Stadtbach wird der vom Gemeinderat am 6. November 2013 bewilligte Planungskredit von Fr. 150 000.00 um Fr. 400 000.00 auf insgesamt Fr. 550 000.00 zulasten der Investitionsrechnung, Konto I8500213 (Kostenstelle 850200), erhöht.
3. Der Planungskredit wird später in den Projektierungs- bzw. Realisierungskredit aufgenommen.
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Bern, 7. September 2016

Sprecher PVS *Alexander Feuz* (SVP): Das Geschäft war in der Kommission unbestritten. Was vielleicht zu diskutieren geben könnte, ist, warum zuerst 150 000 Franken beantragt wurden, und jetzt sind es 450 000 Franken: Man hat in Bern West bekanntlich eine rege Bautätigkeit, aber wir haben alte Kanäle, aus den 30er- und 40er-Jahren, zudem hat man den einen Kanal etwas zweckentfremdet. Im Rahmen der Prüfung, auch geologisch, hat man gesehen, dass man zwei Elemente braucht, einen Abwasserkanal zur ARA und eine Leitung für den Hochwasserschutz. Sie ersehen aus den Unterlagen, dass das ein komplexes Verfahren ist, und man hätte jetzt sagen können, man mache zwei getrennte Vorhaben, aber das wäre sachlich völlig falsch, weil es zwei Projekte sind, die sich gegenseitig bedingen. Oder man könnte in Bern auch sagen, man wolle das nicht. Aber wie bei anderen Hochwasserschutzmassnahmen ist auch das hier teilweise in der Obliegenheit des Kantons, und wenn sich die Stadt Bern weigern würde, in dieser Sache zu projektieren und zu planen, könnte der Kanton das selber ausführen und dann der Stadt Bern Rechnung stellen. Darum ist für mich ganz klar, das Projekt ist nötig und sinnvoll, die Kapazität ist am Ende. Auch der Vorwurf einer Salamtaktik ist hier unbegründet, man sieht, dass es beides braucht. Und weil das ganze Projekt gemäss Botschaft um die 150 Mio. Franken kosten dürfte, muss das detailliert und seriös angegangen werden, also müssen die entsprechenden Planungskredite gesprochen werden. Die PVS war einstimmig für dieses Projekt, auch ich stehe mit Überzeugung für dieses Projekt ein, und die SVP ist grossmehrheitlich dafür.

Direktorin TVS *Ursula Wyss*: Auch in der Direktion TVS geht es, wie in der BSS, um die Bedürfnisse der Menschen, wie hier mit dem Thema Abwasserkanalisation. Ich danke dem Referenten für die wohlwollende und umfassende Berichterstattung. Es ist so, es war in der Kommission unbestritten, dass es diesen zusätzlichen Stollen braucht. Man könnte uns vorwerfen, dass man schon viel früher mit der Planung hätte beginnen müssen, weil wir ja wissen, wie gross Bern West ist, und weil man ja dort noch mit einem weiteren Bevölkerungswachstum rechnen kann. Jetzt sind wir so weit, jetzt legen wir das Geschäft vor, und ich danke Ihnen für die Unterstützung.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt der Erhöhung des Planungskredits zu (67 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen).

Abst.Nr. 015

2016.SR.000236

13 Dringliche Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Weiteres Vorgehen in Sachen Tram Bern-Ostermundigen. Wer muss das bezahlen, ich habe doch kein Geld!

- Das Quorum für die Diskussion wird nicht erreicht (18 Ja, 54 Nein). -

Interpellant *Alexander Feuz* (SVP): Ich bedaure ausserordentlich, dass Sie die Diskussion nicht gewährt haben. Es gibt einige heikle Punkte. Bei der Tramabstimmung 2014 hat man in Ostermundigen darüber gejammert, dass die Leitungen höchst marode seien, aber aus der Antwort ersehen wir, dass das Vorhaben frühestens 2026 realisiert wird. Es wird interessant sein zu sehen, in welchem Zustand die Leitungen tatsächlich sind. Oder: Beim Tram Region Bern gab es auch noch die Frage zur zweiten Tramachse. Ich mache darauf aufmerksam, dass der Achsteil nach Köniz nicht mehr besteht, die grosse regionale Bedeutung der Achse Köniz-Ostermundigen, die immer behauptet wurde, entfällt, es geht sogar so weit, dass auch die Rüti nicht mehr angebunden wird. In Zusammenhang mit dem Tram Region Bern habe ich gesagt, das Muri-Bähnchen sei ja gut und recht, ich möge es den Leuten gönnen, wenn sie bis ins Zentrum fahren können, aber ob es nicht eine Möglichkeit wäre, die UNESCO-geschützte Innenstadt zu entlasten, indem das Bähnli wieder am Casino oder auf dem Helvetiaplatz halten würde. Dazu wurde mir beschieden, das gehe nicht, der Konzession wegen. Jetzt verlangt man Geld für ein Projekt, das verglichen mit dem jetzigen Zustand eine Verschlechterung bringt. Ich gehe davon aus, und das wird entscheidend sein, dass die zweite Tramachse, die immer versprochen worden war, jetzt entfallen wird. Auch punkto Kosten bin ich sehr gespannt, wie man die Sache anschaut. Ich danke dem Gemeinderat für seine Antwort, sie lässt viele Fragen offen. Wir werden am Thema dranbleiben.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Interpellantin Fraktion SVP ist mit der Antwort teilweise zufrieden.

Traktandenliste

Es wurden alle Traktanden zu Ende beraten.

Eingänge

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet:

1. Motion Fraktion SP/JUSO (Rithy Chheng, SP): Für mehr bezahlbare Wohnungen und fairere Mietverhältnisse in unserer Stadt dank Offenlegung des vorherigen Mietzinses
2. Motion Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL/Bettina Jans-Troxler, EVP): Zäme geits: Sharing is caring – GiveBoxes und ähnliches unbürokratisch ermöglichen
3. Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Besserer Schutz der Fussgänger vor ange-trunkenen Velofahrern!
4. Postulat Fraktion SP/JUSO (Benno Frauchiger, SP): Elektroautos statt Benzinkutschen – auch für MieterInnen von Abstellplätzen
5. Interpellation Fraktion GB/JA! (Stéphanie Penher, GB): Olympische Spiele 2026: Transpa-renz zu den Kostenfolgen und der Umweltverträglichkeit
6. Interpellation Fraktion SVP (Henri-Charles Beuchat, SVP): Religiös motivierte Dispensati-on vom Schwimm- und Sportunterricht in der Stadt Bern
7. Kleine Anfrage Regula Tschanz (GB): Wie weiter mit dem Polit-Forum Käfigturm?
8. Kleine Anfrage Lukas Gutzwiller (GFL): Verbesserung der sozialen Sicherheit der Kultur-schaffenden
9. Kleine Anfrage Luzius Theiler (GPB-DA): Einschränkungen des Demonstrationsrechtes beim Staatsbesuch des chinesischen Präsidenten: Geld vor Freiheit?

andere Eingänge

-

Schluss der Sitzung: 18.50 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

19.01.2018

X 

Signiert von: Christoph Zimmerli (Authentication)

Die Protokollführerin

19.01.2018

X 

Signiert von: Annamarie Masswadeh (Qualified Signature)

Der Alterspräsident

Luzius Theiler